

Verfolgung von Journalist*innen im Exil

Transnationale Repression in Deutschland bekämpfen

Journalist*innen geraten weltweit ins Visier staatlicher Überwachungs- und Unterdrückungsapparate, weil sie über Korruption oder Menschenrechtsverbrechen recherchieren, Missstände aufdecken und öffentlich machen, was verborgen bleiben soll. Der lange Arm der Repression verfolgt sie auch bis nach Deutschland.

Transnationale Repression (TNR) beschreibt staatliche Maßnahmen, mit denen autoritäre Regime und ihre Stellvertreter*innen Kritiker*innen, Oppositionelle oder bestimmte dem Regime unliebsame Gruppen im Exil und in der Diaspora über Staatsgrenzen hinweg verfolgen und einschüchtern. Das Ziel der Täterstaaten ist, diese zum Schweigen bringen. Journalist*innen gehören zu den Hauptzielgruppen transnationaler Repression¹. Auch auf deutschem Staatsgebiet sind (Exil-)Journalist*innen nicht immer sicher, denn diese Form der Repression findet auch in Deutschland statt.

Russland, Iran, China, Türkei, Ägypten, Vietnam, Belarus und Aserbaidschan gehören zu den prominentesten Täterstaaten und verwenden verschiedene Repressionsstrategien. Meist handelt es sich um eine Kombination aus digitaler Überwachung (u.a. mittels Spionagesoftware), Bedrohungen, Diffamierung, wirtschaftlichem Druck, juristischer Verfolgung und Kriminalisierung (u.a. strafrechtliche Verfolgung in absentia). Hinzu kommt die Instrumentalisierung nationaler und zwischenstaatlicher Institutionen (z.B. Interpol's Red Notices, um eine Verhaftung und Auslieferung von Zielpersonen zu erwirken), die Verweigerung konsularischer Dienstleistungen oder die Nötigung von Familienangehörigen im Herkunftsland. In extremen Fällen kommt es zu körperlicher Gewalt, Entführungen oder Ermordungen. Besonders alarmierend sind nicht nur einzelne, spektakuläre Fälle, sondern hartnäckige, kontinuierliche Einschüchterung. Diese Repression erregt selten öffentliche Aufmerksamkeit und erfolgt teilweise unterhalb der Strafbarkeitsschwelle. Gerade dadurch ist diese Strategie langfristig besonders wirksam und destabilisierend; sie führt zu Verunsicherung, Isolation und Selbstzensur.

In Deutschland ergeben sich daraus spezifische Herausforderungen: Viele Fälle bleiben „unter dem Radar“, Zuständigkeiten sind zwischen verschiedenen Ministerien und Behörden verteilt und es fehlen klare Meldewege. Betroffene Journalist*innen wissen oft nicht, ob und wo sie Bedrohungen anzeigen können, oder sehen aus Angst, Erschöpfung oder mangelndem Vertrauen in staatliche Stellen davon ab. Es wird daher nur ein Bruchteil der Fälle erfasst; die daraus resultierende fehlende belastbare Datengrundlage erschwert effektives staatliches Handeln.

Zugleich wird transnationale Repression häufig primär als Frage der Sicherheitspolitik, ausländischer Einflussnahme und Gefahr für die nationale Souveränität der Bundesrepublik verstanden. Diese Perspektive greift zu kurz. Transnationale Repression ist in erster Linie eine schwere Menschenrechtsverletzung. Journalist*innen im Exil, die durch TNR bedroht werden, gar selbst als externe oder ausländische „Sicherheitsprobleme“ wahrzunehmen, führt zu einer doppelten Stigmatisierung und Marginalisierung. Stattdessen sollten wir die Betroffenen als integralen Teil der deutschen und europäischen Öffentlichkeit und Gesellschaft begreifen und als solche schützen.

Die Unterstützung exilierter Journalist*innen ist auch deshalb geboten, weil sie einen unverzichtbaren Beitrag zu unserem Recht auf verlässliche Information leisten – sowohl für Bürger*innen im Herkunftsland als auch für die Öffentlichkeit in Deutschland. Ihre Arbeit stärkt den demokratischen Diskurs und die Resilienz gegenüber Propaganda, Desinformation und autoritären Narrativen. Transnationale Repression gegen Journalist*innen ist daher nicht nur ein direkter Angriff auf ihre persönliche Unversehrtheit, sondern auch auf Pressefreiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland selbst.

¹ Freedom House (2023): A Light That Cannot Be Extinguished. Exiled Journalism and Transnational Repression, https://freedomhouse.org/sites/default/files/2023-12/TNR_Journalism_Report_12.2023_Digital.pdf (zuletzt aufgerufen am 12.05.2026).

Schwerer Fall transnationaler Repression

Vergiftung in Deutschland

Die russische Investigativjournalistin Jelena Kostjutschenko machte 2023 eine mutmaßliche Vergiftung öffentlich, die sie im Oktober 2022 im deutschen Exil erlitt. Nachdem sie in München ein Visum für eine Recherchereise in die Ukraine beantragt hatte, traten auf der Zugfahrt nach Berlin plötzlich schwere Symptome auf, darunter starke Kopfschmerzen, Übelkeit, Atemprobleme, Schwindel sowie Schwellungen an Gesicht, Händen und Füßen. Nach mehreren ärztlichen Untersuchungen scheint eine Vergiftung die wahrscheinlichste Erklärung. Kostjutschenko hat zuvor kritisch über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine berichtet und bereits Morddrohungen russischer Sicherheitsorgane erhalten, weshalb sie nach Deutschland ins Exil flüchten musste. Die Berliner Staatsanwaltschaft ermittelt bis heute.

Unsere Empfehlungen an die Bundesregierung

1 Transnationale Repression als Angriff auf die Pressefreiheit und vielschichtige menschenrechtliche Herausforderung anerkennen

Die Bundesregierung sollte TNR ausdrücklich als Angriff auf die Pressefreiheit und als Menschenrechtsverletzung benennen – nicht nur als sicherheitspolitisches Problem. Das Grundrecht der Pressefreiheit gilt für alle Menschen in Deutschland, der Staat muss ihnen allen die freie Ausübung ihrer Grundrechte ermöglichen und sie vor Angriffen fremder Staaten schützen. Zugleich tragen Exiljournalist*innen wesentlich zu einer resilienten und informierten Öffentlichkeit bei, die in der Lage ist, autoritäre Narrative zu entlarven. Diese menschenrechtliche Perspektive muss leitend für Innen- sowie Außenpolitik sein.

2 Eine staatliche Koordinierungsstelle für TNR schaffen

Es braucht eine zentrale Koordinierungsstelle für transnationale Repression, die Informationen bündelt sowie die Aufgaben und Kompetenzen aller involvierten staatlichen Stellen auf Bundes- sowie Länderebene koordiniert. Die Erfahrung zeigt, dass Einzelfälle ohne klare staatliche Zuständigkeiten und Abstimmung in langen, frustrierenden und teils gefährlichen Warteschleifen und Kompetenzabwälzungen hängen bleiben. Zudem sollte die Koordinierungsstelle den Austausch zwischen staatlichen Stellen und zivilgesellschaftlichen, betroffenenorientierten Akteuren (wie Reporter ohne Grenzen oder der „Koalition gegen Transnationale Repression in Deutschland“²) sicherstellen.

3 Eine zivilgesellschaftliche traumainformierte Melde- und Beratungsstelle für Betroffene unterstützen

Journalist*innen müssen nicht nur wissen, wo und wie sie transnationale Repression melden können. Sie brauchen auch eine niedrigschwellige und vertrauenswürdige Anlaufstelle, die mit den besonderen Herausforderungen transnationaler Repression vertraut ist. Diese sollte TNR-Vorfälle zusammen mit Betroffenen, zivilgesellschaftlichen und Diaspora-Organisationen sowie wissenschaftlichen Expert*innen dokumentieren und Betroffene bei rechtlichen, medizinischen, psychologischen und praktischen Fragen (wie bspw. Auskunftssperren im Melderegister) und weiteren Bedürfnissen beraten.

² Im August 2024 hat sich die Coalition against Transnational Repression in Germany gegründet, ein Zusammenschluss aus 20 Menschenrechts- und Diasporaorganisationen, um zivilgesellschaftliche Lösungsansätze zu entwickeln, Betroffenen eine starke Stimme zu leihen und auf politischer Ebene für TNR zu sensibilisieren. Reporter ohne Grenzen ist Gründungsmitglied der Koalition.

4 Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden gezielt schulen

Behörden auf Bundes- und Länderebene wie Polizei, Landeskriminalämter, Bundeskriminalamt (BKA), Verfassungsschutzämter, Staatsanwaltschaften sowie Migrationsbehörden benötigen gezielte Schulungen, um TNR frühzeitig zu erkennen, einzuordnen und angemessen darauf zu reagieren. Betroffene Journalist*innen, die sich an lokale Polizeidienststellen wenden, berichten regelmäßig, dass ihnen zunächst nicht geglaubt wird oder sie als paranoid eingeschätzt werden. Wichtig sind in diesem Kontext auch Schulungen für einen kritischen Umgang mit missbräuchlichen Interpol-Red Notices und politisch motivierten Auslieferungssuchen (beim BKA als Nationales Zentralbüro von Interpol).

5 Sichere Aufenthaltsperspektiven sind Teil der Bekämpfung von TNR

TNR richtet sich häufig gegen Angehörige im Herkunftsland, um Journalist*innen in Deutschland unter Druck zu setzen. Diese Praxis muss ausdrücklich anerkannt und bei Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen berücksichtigt werden: Journalist*innen und ihre Familien, die durch TNR bedroht werden, müssen vor Auslieferung, Abschiebung und erzwungener Rückkehr geschützt werden. Familiennachzug muss ermöglicht werden, um Familienmitglieder vor dem unmittelbaren Zugriff des Regimes im Herkunftsstaat zu schützen. Langfristige Aufenthaltsperspektiven sind notwendig, um sowohl nachhaltige Sicherheit als auch journalistische Arbeit im Exil zu gewährleisten.

Hinzu kommt, dass Betroffene häufig mit der Verweigerung konsularischer Dienstleistungen ihres Herkunftsstaates (etwa mit erheblichen Hürden bei der Passbeantragung oder -verlängerung) konfrontiert sind. Ein administrativ-bürokratischer Schwebestand muss vermieden werden, indem ihnen in Deutschland zeitnah verlässliche Ausweisdokumente ausgestellt werden. Denn wenn Journalist*innen in ihrer Mobilität eingeschränkt werden, wird letztlich auch ihre Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt.

6 Öffentlichkeit erzeugen, Verantwortung benennen und außenpolitische Instrumente nutzen

Transnationale Repression wirkt vor allem dadurch, dass sie im Verborgenen bleibt. Die Bundesregierung sollte öffentlich Fälle benennen, sofern dies für Betroffene sicher und mit ihnen abgestimmt ist, um Muster und Verantwortlichkeiten offenzulegen. Zugleich sollten Zielstaaten von transnationaler Repression ihre Reaktionen und Schutzmaßnahmen stärker koordinieren und sich auch in Formaten wie den G7 systematisch austauschen und abgestimmte Antworten entwickeln. Auf europäischer Ebene sollten justizielle und polizeiliche Kooperationsmechanismen gestärkt, der Informationsaustausch zwischen EU-Mitgliedstaaten zur Identifikation und Reaktion auf Bedrohungen transnationaler Repression intensiviert sowie ein Monitoring- und Alarmsystem zur Erfassung und Meldung entsprechender Vorfälle innerhalb der EU aufgebaut werden.

Ergänzend sollte die Bundesregierung die ihr zur Verfügung stehenden außenpolitischen Instrumente konsequent nutzen: Dazu gehören gezielte diplomatische Sanktionen, Ausweisungen und die Verhängung von Einreisesperren gegen verantwortliche Diplomaten*innen und andere Personen, die an Repressionsmaßnahmen beteiligt sind. Solche Schritte senden ein klares politisches Signal, erhöhen die Kosten für staatliche Aggressoren und tragen so dazu bei, Betroffene wirksamer zu schützen.

7 Konsequente Exportkontrollen von Spionagesoftware

Mit Hilfe von Spyware können Journalist*innen umfassend überwacht werden. Solche invasiven Technologien ermöglichen den vollständigen Zugriff auf vertrauliche Kommunikation und gefährden über die Journalist*innen hinaus auch ihre Quellen sowie im Herkunftsland verbliebene Angehörige. Dadurch erzeugt Spyware einen abschreckenden Effekt, der Informant*innen davon abhält, sensible Daten zu teilen. Um diese Risiken einzudämmen und zu verhindern, dass Spionagesoftware in die Hände autoritärer Staaten gerät, sollte sich die Bundesregierung für Exportkontrollen sowie ein grundsätzliches Ende der Überwachung von Medienschaffenden durch Spionagesoftware einsetzen.

Fazit

Journalist*innen werden auch im Exil weiter wegen ihrer kritischen Berichterstattung verfolgt, um ihre wichtigen Stimmen zum Schweigen zu bringen. Transnationale Repression gegen Journalist*innen ist eine reale Bedrohung für Pressefreiheit und Demokratie in Deutschland. Die Bundesregierung steht in der Verantwortung, Journalist*innen, denen sie Sicherheit im Exil zugesagt hat, wirksam zu schützen – nicht nur aus sicherheitspolitischen Gründen, sondern auch aus menschenrechtlicher Verpflichtung und demokratischer Verantwortung.